

553/72

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Mittwoch, 13. Dezember 1972

Blatt 3086



Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte: Mehr Service für
Gastarbeiter - mehr Kontakte für Kinder
Gesundheitswesen: Prophylaxe und Therapie
Wien schreibt leitende Dienstposten aus
Fassadenwettbewerb: Preisverteilung und
Ausstellungseröffnung

Wirtschaft:

Mehrwertsteuer - Märkte und Schlachthöfe

Kulturdienst:

Pensionisten aus allen Bundesländern
stellen aus
Weihnachtskonzert des Klassischen Wiener
Schrammelquartetts

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Mehr Service für Gastarbeiter - mehr Kontakte für Kinder
=====

Wien, 13.12. (RK) Künftig wird den Gastarbeitern in noch stärkerem Maß als bisher bei ihren Anpassungsschwierigkeiten geholfen werden, kündigte Stadträtin Maria Jacobi in ihrem Budgetreferat für die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, am Mittwoch im Gemeinderat an. Im kommenden Jahr werden die Beratungsstellen des Wiener Zuwandererfonds bis in die späten Abendstunden zur Verfügung stehen. Ein weiterer Service soll in kritischen Situationen den Behörden, Spitälern, Ärzten oder Firmen sofort einen Dolmetscher zur Verfügung stellen. Für jugoslawische Gastarbeiter werde eine monatliche Publikation herausgebracht und jene für türkische Arbeitnehmer ausgeweitet, um das zunehmende Informationsbedürfnis noch besser als bisher befriedigen zu können.

Den größten Ausgabenposten des Wohlfahrtsbudgets, nämlich 392 Millionen (Gesamtausgaben: 1,35 Milliarden Schilling), stellen die Kindertagesheime dar. Stadträtin Jacobi hob hervor, daß bis Ende dieses Jahres bereits 17 der im Gemeinderatswahlprogramm versprochenen zwanzig neuen Kindertagesheime zur Verfügung stehen. Die drei restlichen Kindertagesheime werden 1973 fertig. Nach den bestens bewährten, nunmehr zehn eingeschossigen in Fertigteiltechnik errichteten Kindertagesheimen werden gegenwärtig Pläne für zweigeschossige Fertigteil-Kindertagesheime erarbeitet, die besonders für den innerstädtischen Bereich von Interesse sind. Bis Ende 1972 stehen 25.099 Kindertagesheimplätze bereit: das bedeutet einen Zuwachs von 3.437 Plätzen seit 1969.

Ein Modellversuch soll in wenigen Wochen in der Großfeldsiedlung gestartet werden. Jenen fünfjährigen Kindern, die bisher nicht in ein Kindertagesheim aufgenommen werden konnten, soll im Rahmen von "Vormittagen der offenen Tür" die Möglichkeit zu Gemeinschaftserlebnissen und Kontakten mit Gleichaltrigen gegeben werden.

Pensionistenheime: 1972 wurden drei neue Pensionistenheime fertiggestellt, 1.950 Plätze stehen mit Jahresende zur Verfügung. Drei weitere Pensionistenheime sind im Bau, zwei Projekte in Planung.

Zur Problematik der Zivilblinden: deren Forderung auf Angleichung ihrer Unterstützung an jene der Kriegsblinden werde derzeit durch eine Kommission geprüft. Das Resultat soll der nächsten Sozialreferentenkonferenz im Mai oder Juni 1973 vorgelegt werden.

Als erfreulich bezeichnete Stadträtin Jacobi das steigende Interesse junger Menschen für Sozialberufe. An der Lehranstalt für gehobene Sozialberufe konnten nach langer Zeit wieder zwei erste Jahrgänge eingerichtet werden. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt 94. Mit 70 Studierenden hat sich die Hörerzahl des Instituts für Heimerziehung im Vergleich zum letzten Schuljahr verdoppelt. Die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen sei allerdings der Expansion räumlich nicht mehr gewachsen. Derzeit werden 355 Schülerinnen ausgebildet. Eine wirksame Abhilfe werde erst das künftige Ausbildungszentrum für Sozialberufe in Floridsdorf - Kapazität 980 Hörer - bringen.

Im Rahmen ihrer ausführlichen Darlegung der Schwerpunkte der städtischen Sozialarbeit kündigte Stadträtin Jacobi auch das neue Sozialhilfegesetz an. Sie bezeichnete dieses Gesetz, das dem nächsten Landtag zur Begutachtung vorgelegt wird, als "einen Meilenstein in unserem Sozialkonzept ... der uns in die Lage versetzt, auf die problematische Situation des einzelnen noch besser eingehen zu können und ihm dabei zu helfen, sein Leben glücklicher und lebenswerter zu gestalten."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

K o m m u n a l :Rathaus-Budgetdebatte:Gesundheitswesen: Prophylaxe und Therapie
=====

Wien, 13.12. (RK) Mit Genugtuung stellte Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück am Mittwoch an die Spitze seines Referates über das Kapitel Gesundheitswesen die Feststellung, daß nahezu alle Punkte des vom Gesundheitsministerium ausgearbeiteten Gesundheitsplanes bei der Gemeinde Wien bereits seit Jahren realisiert sind. Die Arbeit des Wiener Gesundheitsamtes hat somit nicht nur verdiente Anerkennung gefunden, sie war beispielgebend für einen gesamtösterreichischen Gesundheitsplan.

Der Stadtrat sprach die Hoffnung aus, daß es durch die Impfkampagne 1973 gelingen werde, Epidemien zu verhindern. Bedauerlich sei jedoch die Impfmüdigkeit der Wiener, besonders hinsichtlich der Kinderlähmung.

Hingegen hat sich das Grippe-Informationssystem zusammen mit den Grippe-Schutzimpfungen sehr bewährt, und dasselbe gilt für die rund 11.000 Gesundenuntersuchungen des Jahres 1972.

Das Referat für Psychohygiene erfaßt im Augenblick 37.000 Patienten, darunter bereits 200 Drogensüchtige. Zur Beurteilung der Drogenabhängigkeit wurde dort ein eigenes Untersuchungssystem ausgearbeitet.

Bei den Schulkindern ist die Behandlungsbedürftigkeit der Zähne auf 23,7 Prozent der Schüler - ein neuer Rekordtiefstand - gesunken. Andererseits sind ungefähr fünf Prozent der Pflichtschüler als übergewichtig behandlungsbedürftig.

Ein besonderer Schwerpunkt der Gesundheitsfürsorge stellt das Bemühen um gesunde Kinder dar. Der Gesundheitspaß und ein neu ausgearbeiteter Schwangerenpaß werden international als mustergültig bezeichnet. Alle Neugeborenen werden auf Stoffwechselstörungen untersucht. Die Rötelimpfung im Wochenbett

und die Impfung rhesus-negativer Mütter hat großen Erfolg bei dem Bestreben, gehirngeschädigten Nachwuchs zu vermeiden. Im Rahmen des "Risiko-Kinderprogramms" wird 1973 ein entwicklungsdiagnostisches Zentrum an der Universitäts-Kinderklinik eingerichtet. Dort werden Kinder, denen eine Geburtsschädigung drohen könnte, erfaßt und kontrolliert werden. Eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit waren und sind ständige Fortbildungskurse. Die Eröffnung von zwei neuen Mutterberatungsstellen steht unmittelbar bevor.

Der Krankenhausbau schreitet zügig fort: Allein 175 Millionen sind 1973 für das Allgemeine Krankenhaus reserviert. (Dort ist nächstes Jahr mit der Fertigstellung der Gebäudegruppe Kinderklinik-Kinderpsychiatrie zu rechnen.) Die Rudolfsstiftung ist mit 60 Millionen Schilling bedacht.

Das Gesundheitszentrum Wien-Ost wird im kommenden Jahr begonnen werden. Seit Oktober beschäftigt sich ein Architektenteam mit der Planung dieser Anstalt, die eine Kombination aus Akutkrankenhaus (700 Betten), Pflegeheim (400 Betten) und Chronischkrankenhaus (100 Betten) werden soll.

Wie Drogensucht und Kinder-Übergewichtigkeit ist auch der Herzinfarkt ein Attribut der jüngsten Entwicklung: Glück wies auf die derzeit bestehenden fünf Intensivstationen hin und kündigte für 1973 weitere vier an (Wilhelminen-Spital, Elisabeth-Spital, Krankenhaus Lainz, Poliklinik). Auch die Anschaffung von sieben neuen Ambulanzfahrzeugen ist bereits gesichert.

499 Millionen (+ 48 Millionen gegenüber 1972) stehen für die Altersheime zur Verfügung. Sie werden unter anderem in Lainz, Baumgarten und Hietzing verwendet. Glück sprach die Hoffnung aus, daß sich die von der Altersheimkommission in der letzten Sitzung beschlossene neue Hausordnung als zeitgemäß und modern erweisen werde.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

wien schreibt leitende dienstposten aus
der inhalt des uebereinkommens

3 wien, 13.12. (rk) ab 1. jaenner 1973 wird die stadt wien freiwerdende leitende dienstposten ausschreiben. dies teile personalstadtrat vizebuergermeister hans b o c k in seinem budgetreferat mit. das uebereinkommen, abgeschlossen zwischen der stadt wien und der gewerkschaft der gemeindebediensteten, sieht vor, dass alle freiwerdenden dienstposten von leitern einer magistratsabteilung oder eines magistratischen bezirksamtes sowie die dienstposten eines obersenatsrates (entspricht beim bund dem sektionschef) ferner die dienstposten leitenden bediensteter der magistratsdirektion und der generaldirektion der stadtwerke sowie einzelner geschaeftsgruppen und der kraftwerke der stadtwerke auszuschreiben sind. bei der ausschreibung sollen in erster linie bedienstete der stadt wien zum zug kommen, doch sind ausnahmen moeglich. die ausschreibung wird im amtsblatt der stadt wien beziehungsweise im amtsblatt zur wiener zeitung veroeffentlicht.

zur beurteilung der eingelangten bewerbungsgesuche wird eine kommission unter dem vorsitz des magistratsdirektors gebildet. dieser kommission gehoeren der zustaeendige stadtrat, ein vertreter der magistratsdirektion beziehungsweise der generaldirektion sowie der vorsitzende der landesgruppe wien der gewerkschaft der gemeindebediensteten und zwei weitere gewerkschaftsvertreter an.

die kommission erstellt einen nominierungsvorschlag mit den drei bestqualifizierten bewerbern in alphabetischer reihenfolge, und zwar durch stimmenmehrheit. bei stimmengleichheit entscheidet der magistratsdirektor. auf grund dieses dreivorschlages kann dann der buergermeister beziehungsweise in seiner vertretung der personalstadtrat eine entscheidung treffen.

w i r t s c h a f t :

=====

mehrwertsteuer - maerkte und schlachthoefe

4 wien, 13.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer rechts-angelegenheiten hat mittwoch die markt- und schlachthofentgelte an die mehrwertsteuer angepasst. es wurde also die entlastung von der kumulativen umsatzsteuer durchgefuehrt und die mehrwertsteuer errechnet. da fuer die benuetzer der maerkte und schlachthoefe die moeglichkeit des vorsteuerabzuges besteht, koennen sich daraus keine preissteigerungen ergeben.

0927

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Wohlfahrtsdebatte

Zentralé Themen der Wohlfahrtsdebatte am Mittwoch vormittag waren die Betreuung der Kinder und der alten Menschen. Die Redner der Oppositionsparteien meinten, daß dafür noch immer zu wenig Mittel eingesetzt werden.

GR. Wölger (DFP) erklärte, seine Partei könne den Ansätzen nicht zustimmen. Er bemängelte im einzelnen die "nicht sozialen" Gebühren der Kindergärten.

GR.Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) bedauerte den schwindenden Anteil des Wohlfahrtsbudgets am Gesamtbudget (1970 noch 6,3 Prozent, 1973 mit 5,5 Prozent der bisherige Tiefstand).

Die sozialen Beratungsstellen seien nicht mehr attraktiv genug, um eine wirkliche Hilfe bieten zu können. Es sollte zum Beispiel eine Familienberatung mit Ärzten und Sozialarbeitern angeschlossen werden. Generell sei das Fürsorgesystem "veraltet". So etwa sollte die Zahl der Hausbesuche auf das notwendige Maß eingeschränkt werden, das Tagebuch sollte für die Fürsorgerinnen abgeschafft werden, diese sollten die Möglichkeit haben, auch den eigenen Wagen für ihre Arbeit zu benützen. Wesentlich sei auch die Hebung des Sozialstatus der Fürsorgerinnen, wozu auch eine qualifiziertere Ausbildung beitragen könnte. Der Redner forderte auch, daß das Jugendamt die Alimente an uneheliche Mütter auszahlen und diese dann vom Vater eintreiben solle. Auskunft forderte er schließlich über einen seiner Meinung nach in der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen ausgeübten politischen Druck und über die weitere Verwendung des Odescalchi-Vermögens.

GR. Traindl (ÖVP) entkräftete den Vorwurf Wolframs über den immer geringeren Anteil der Wohlfahrtsausgaben am Gesamtbudget damit, daß effektiv - zum Beispiel bei der Jugendwohlfahrt - wesentlich mehr ausgegeben werde. Da in Wien jedoch nur 48 Prozent der Kinder einen Kindergartenplatz finden, müßten im Interesse einer frühzeitigen Integration in die Gemeinschaft noch wesentlich mehr Kindergärten gebaut werden. In diesem Zusammenhang urgierte Traindl einen von der ÖVP eingebrachten Antrag auf Errichtung eines Kindergartenbaufonds.

Zur Gestaltung einer kinder- und jugendfreundlichen Umwelt sollten wissenschaftliche Grundlagen für die Bauwirtschaft und Raumplanung geschaffen werden. In einem gemeindeeigenen Institut sollten alle Forschungsarbeiten über Jugendproblematik zentral greifbar sein.

GR. Erika Schmid (SPÖ) stellte fest, daß sich mit dem neuen Sozialhilfegesetz bereits ein Umdenken im Fürsorgewesen ankündige. Wiens Sozialbudget sei im übrigen nach einem Finanzbericht des Internationalen Gemeindeverbandes wesentlich höher als bei vergleichbaren deutschen Städten und stehe mit Schweden auf gleicher Stufe. Die Rednerin würdigte ausführlich die Leistungen der Stadtverwaltung bei der Altenbetreuung und nannte vor allem die Einrichtung der 131 Pensionistenklubs eine "große soziale Tat". Zu ihren vordringlichen Aufgaben zähle die Stadtverwaltung auch die Errichtung der Pensionistenheime.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) widmete sich ebenfalls dem Thema Altenbetreuung. Ihrer Meinung nach könnte die personelle Situation in der Sozialarbeit wesentlich durch eine Änderung der Ruhensbestimmungen verbessert werden. Die Rednerin kritisierte die geplante Zusammenlegung von Sozialreferaten und regte eine Aktion "Frische Wäsche ins Haus", ähnlich der Aktion "Essen auf Rädern", an.

GR. Hanke (SPÖ) stellte in einer breitangelegten Grundsatzzrede unter anderem fest, daß Wien eine wesentlich höhere Zuwachsrate an Kindertagesheimplätzen habe, als andere Bundesländer und daß es auch über die meisten Kindergärtnerinnen mit pädagogischer Ausbildung verfüge. Das Ziel, jedem Kind wenigstens ein Jahr lang den Besuch eines Kindergartens zu ermöglichen, werde weiter energisch verfolgt. Auch den Gastarbeiterkindern werde in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Eine Empfehlung der Heimkommission, kleinere Gruppen in den Heimen einzurichten, werde bereits realisiert. Die vom ÖVP-Sprecher geforderten Untersuchungen werden zum Teil bereits von der Gruppe Planung durchgeführt.

In ihrem Schlußwort sagte Stadträtin Jacobi zu den Sozialberatungsstellen, das System derzeit neu überdacht werde. Im übrigen erwarte man vom neuen Sozialhilfegesetz entsprechende Reformimpulse.

Fürsorgerinnen: Sie könnten sehr wohl den eigenen Wagen benützen. Die Führung des Tagesbuchs sei keine Schikane, sondern eine Erinnerungshilfe.

Alimente: In tausenden Fällen nehme das Jugendamt bereits die Eintreibung vor.

Politischer Druck: Kein Lehrer der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen übe politischen Druck aus. Außerdem könne die SPÖ-Mitgliedschaft erst ab 18 Jahren erworben werden, also ab einem Alter, zu dem die Schülerinnen meist schon absolviert haben.

ÖVP-Antrag Kindergartenbaufonds: Da die Verwendung der durch die Gratisschulbuchaktion ersparten Gelder für den Bau von Kindergärten gefordert werde., sei die Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen nicht dafür zuständig.

Forschungsaufträge: Derzeit werde am Institut für Stadtforschung eine Untersuchung "Das Kind in der Großstadt" durchgeführt, eine weitere Untersuchung über Problemfamilien werde vom Institut für Heimerziehung bis Frühjahr 1973 fertiggestellt.

Mit Entschiedenheit stellte die Stadträtin fest, daß der Altenplan für Wien nicht notwendig sei, weil hier die Forderungen bereits realisiert werden. Bedauerlich fand die Stadträtin, daß die Pensionistenausweise bisher nur auf der Straßenbahn Verwendung finden und bei Kino und Theaterbesitzern bisher kein Entgegenkommen für Ermäßigungen feststellbar ist.

Eine Aktion "Frische Wäsche" sei im übrigen in Zusammenarbeit mit der Volkshilfe bereits angelaufen.

Abstimmung: Die Ansätze des Wohlfahrtsbudgets wurden mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Gesundheitsdebatte

GR. Wölger (DFP): Nach Meinung der DFP sei der beschleunigte Ausbau des Allgemeinen Krankenhauses sicherlich wichtiger als der Bau der Donauinsel. Wölger kritisierte auch das, wie er sagte, schlechte Funktionieren des Ärztlichen Notdienstes.

GR. Krenn (FPÖ) betonte die Bedeutung prophylaktischer Maßnahmen, da nach WOH-Unterlagen Österreich beängstigend hohe Zahlen in Erkrankungen des Kreislaufes, der Gefäße und des Herzens aufweise. Krenn richtete auch eine Anfrage an Stadtrat Dr. Glück, welche Maßnahmen zur Senkung der Verweildauer in den städtischen Krankenhäusern geplant seien, ob die Verpflegskosten in nächster Zeit steigen würden und ob es stimme, daß die zweite Spitalsklasse die dritte "miterhalten" müsse.

GR. Lehner (ÖVP) urgierte eine kräftigere Förderung der Privatspitäler, deren Angebot von 4.000 Betten (Wien insgesamt: 15.000) ein integrierender Bestandteil des Wiener Gesundheitswesens sei. Im übrigen sei es völlig falsch, sich darunter noble Privatsanatorien vorzustellen: 85 Prozent dieser 4.000 Betten gehörten zur dritten Spitalsklasse.

Lehner wandte sich mit besonderer Heftigkeit gegen einen derzeit in Wien laufenden Film, der sich unter dem Titel "Krankenschwestern-Report" als schädigend für den ganzen Berufsstand erweise.

GR. Hermine Fiala (SPÖ): Die Personalmisere im Spitalwesen sei gar nicht so sehr dadurch verursacht, daß sich so wenige junge Menschen für diesen Beruf entscheiden, sondern daß sich die Lage durch den immer stärker steigenden Personalbedarf verschlechtere. Dies gelte besonders für alle Arten von Intensivstationen. Die Möglichkeit, schon mit 15 Jahren die Ausbildung zu beginnen, könne hier vielleicht Abhilfe schaffen.

Die Rednerin kritisierte auch, daß der ORF im Fernsehen Dienstag zwar über das 7-Milliarden-Budget des Bundeslandes Oberösterreich berichtet habe, das 25-Milliarden-Budget des Bundeslandes Wien hingegen totschweige.

GR. Dr. Tuma (DFP) befaßte sich mit der neuen Heimordnung in den Altersheimen, die er als vorbildlich gelungenes Werk bezeichnete.

Die Einhaltung dieser Heimordnung durch das Betreuungspersonal solle jedoch laufend überwacht werden.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Dr. Glück auf die von fast allen Debattenrednern erörterte Verweildauer in den Spitälern und auf die Säuglingssterblichkeit ein.

In seiner Erklärung, die er auch als mündliche Vor-Beantwortung der FPÖ-Anfrage deklarierte, meinte Glück, die Verweildauer (derzeit 17 Tage) sei nur durch den Ausbau der ambulanten Voruntersuchung zu verringern. Er habe erst vor kurzem den Sozialversicherungsträgern einen Bedeckungsvorschlag für diese Art der Untersuchung übermittelt, habe aber noch keine Antwort erhalten. Die zweite Spitalsklasse erhalte keineswegs die dritte, und generell könne angenommen werden, daß Spitalsbetten in den nächsten Jahren sicherlich nicht billiger, sondern eher teurer würden.

Besonders nachdrücklich beschäftigte sich Glück mit der Säuglingssterblichkeit. Durch den funktionalen Zusammenhang mit der Frühgeburtenszahl sei hier der Hebel anzusetzen. Die Frühgeburten wieder könnten nur durch genaue Schwangerenuntersuchungen in den Griff bekommen werden. Glück kritisierte, daß nur 80 Prozent der schwangeren Frauen in Wien vom Schwangerenpaß Gebrauch machten und regte an, man möge die Auszahlung der Geburtenbeihilfe vom Vorweis des Schwangerenpasses abhängig machen. Im übrigen jedoch solle das Licht Wiens nicht unter den Scheffel gestellt werden: Die Impfungen (Gamma-Globulin, Röteln) seien eine Einrichtung, die man sonst nirgendwo finde, es gebe das Laboratorium für angeborene Stoffwechselstörungen und das Risikokinderprogramm.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

fassadenwettbewerb:

preisverteilung und ausstellungseroeffnung

10 wien, 13.12. (rk) ein von der zentralsparkasse der gemeinde wien ausgeschriebener fassadenwettbewerb ist nun abgeschlossen. eine namhafte architektenjury hat aus 67 einsendungen drei preise und vier ''lobende erwaehnungen'' ausgewaehlt. mittwoch nahm vizebuergenmeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in der hauptanstalt der ''z'' die preisverteilung vor. die preise erhielten heinz s e i s e r , ternitz (1. preis), bernhard g a u h m a n n und martin s c h w a n z e r , wien (2. preis), und dipl.-ing. reiner w i e d e n , wien (3. preis).

vizebuergenmeister f r o e h l i c h - s a n d n e r wies auf die 1965 ins leben gerufene altfassadenaktion der stadt wien hin. dabei wurden 8.000 wertvolle fassaden registriert. das neue schutzzonengesetz gebe ausserdem die moeglichkeit, fassaden nicht nur zu erhalten, sondern wertvolle baudenkmaeler auch zu revitalisieren.

buergenmeister felix s l a v i k eroeffnete anschliessend die ausstellung aller wettbewerbsarbeiten in der kassenhalle des ''z''-hauptgebaeudes, die bis jahresende waehrend der kassastunden geoeffnet ist. ernannte den wettbewerb der zentralsparkasse einen lobenswerten versuch. das ausgewaehlte gebaeude an der kreuzung alserbachstrasse/Liechtensteinstrasse sei als modell gut gewaehlt, weil es mit seiner abgeraemten fassade besonders unangenehm auf-faellt. den wettbewerbsteilnehmern war die aufgabe gestellt, diese fassade an die anschliessenden, nicht verunstalteten haeuser wieder anzugleichen.

die zentralsparkasse wird nun pruefen, wie weit die vorschlaege der preistraeger konkret an haeusern, die in ihrem besitz sind, realisiert werden koennen.